

AfD-Kreisverband Gifhorn, Limbergstraße 10, 38518 Gifhorn

Gifhorn, 05.06.2026

Limbergstraße 10
38518 Gifhorn
Kv-gifhorn@afd-niedersachsen.de
www.afd-gifhorn.com

KOMMUNALPROGRAMM 2026–2031

**Landkreis Gifhorn – Stadt – Samtgemeinden – Gemeinden – Ortsräte
Verantwortung vor Ort. Zukunft für unsere Heimat.**

Präambel – Verantwortung für unsere Heimat

Der Landkreis Gifhorn ist unsere Heimat. Unsere Region steht traditionell für gewachsene Orte, lebendige Dorfgemeinschaften, engagiertes Vereinswesen, leistungsfähige Unternehmen, Landwirtschaft und Handwerk. Viele Menschen arbeiten hier täglich daran, dass unsere Städte und Dörfer lebenswerte Orte bleiben – Orte, an denen man sich kennt, einander grüßt und Verantwortung füreinander übernimmt.

Diese Stärke ist über Generationen gewachsen: durch Fleiß, Verantwortungsbewusstsein, Unternehmergeist und den starken Zusammenhalt unserer Bürger. Vereine, Feuerwehren, Sport- und Traditionsgemeinschaften sowie das Ehrenamt bilden das Fundament unseres gesellschaftlichen Lebens. Doch dieses Fundament gerät zunehmend unter Druck.

Deutschland erlebt derzeit eine der schwersten kommunalen Finanzkrisen seit Jahrzehnten. Auch im Landkreis Gifhorn zeigen sich die Folgen einer Politik, die immer neue Aufgaben verteilt, ohne den Kommunen ausreichend Handlungsspielraum zu lassen. Sozialausgaben, steigende Personal- und Verwaltungskosten binden immer größere Teile der kommunalen Haushalte, während für Investitionen in Straßen, Schulen, Sporthallen und Infrastruktur immer weniger Mittel zur Verfügung stehen. Der Kreishaushalt wächst inzwischen in Richtung einer halben Milliarde Euro, während die finanziellen Spielräume für Zukunftsinvestitionen immer kleiner werden. Die Folgen sind sichtbar: Sanierungsstau bei Infrastruktur und öffentlichen Gebäuden sowie steigende Belastungen für Städte und Gemeinden. In der Stadt Gifhorn ist die jährliche Zinsbelastung inzwischen so hoch, dass man mit diesem Geld jedes Jahr eine neue Kindertagesstätte bauen könnte – Mittel, die für die Zukunft unserer Region fehlen.

Gleichzeitig steht unsere Region wirtschaftlich vor großen Herausforderungen. Die Krise in der Automobilindustrie, insbesondere bei Volkswagen, trifft den Landkreis Gifhorn unmittelbar. Viele Zulieferbetriebe, Handwerksunternehmen und Dienstleister hängen von dieser Industrie ab. Wenn hier Wertschöpfung verloren geht, gefährdet das Arbeitsplätze, Ausbildungsplätze, den lokalen Handel und langfristig auch die Finanzierungsfähigkeit unserer Kommunen.

Gerade in einer solchen Situation braucht unsere Region eine Politik, die wirtschaftliche Stärke sichert. Stattdessen erleben viele Unternehmen immer neue Vorschriften und politische Zielvorgaben, die sich an abstrakten Idealen orientieren und die Realität vor Ort zu wenig berücksichtigen.

Viele Bürger fragen sich inzwischen zu Recht, warum das Geld für Schulen, Straßen und Infrastruktur fehlt, während gleichzeitig immer neue Mittel für Migration und klimapolitische Programme bereitgestellt werden. Unsere Antwort darauf ist klar: Kommunalpolitik muss wieder Prioritäten setzen. Öffentliche Mittel müssen zuerst dort eingesetzt werden, wo sie den Menschen vor Ort unmittelbar zugutekommen.

Die Ergebnisse einer aktuellen Umfrage im Landkreis Gifhorn zeichnen ein alarmierendes Stimmungsbild: Fast 80 Prozent der Befragten geben an, kaum noch Vertrauen in Politik und Behörden zu haben. Viele Menschen haben zudem den Eindruck, ihre Meinung nicht mehr frei äußern zu können. Gerade in politischen Gremien wäre jedoch eine offene Debattenkultur entscheidend für eine funktionierende Demokratie. Wer einmal eine Kreistagssitzung oder eine Stadtratssitzung in Gifhorn besucht hat, weiß, wie häufig kritische Fragen – etwa zur Migrationspolitik – nicht sachlich diskutiert, sondern vorschnell abgeblockt werden. Eine demokratische Kultur lebt aber davon, unterschiedliche Positionen anzuhören, Argumente auszutauschen und auch unbequeme Fragen ernst zu nehmen. Statt gegenseitiger Vorwürfe braucht es wieder mehr Bürgerbeteiligung, mehr Transparenz und mehr Respekt im politischen Umgang.

Zu diesem Vertrauensverlust tragen auch gesellschaftliche Veränderungen bei, die viele Bürger zunehmend verunsichern. In Teilen der Stadt Gifhorn und auch in anderen Orten entstehen Angsträume, und manche Menschen ziehen sich aus dem öffentlichen Raum zurück. Gleichzeitig verändert sich das Bild unserer Innenstädte und des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Wenn auf Schulhöfen oder in bestimmten Straßenzügen die deutsche Sprache immer seltener die gemeinsame Verständigungsbasis bildet, empfinden viele Menschen dies als Zeichen dafür, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt brüchiger wird.

Gerade deshalb ist es wichtig, die Grundlagen unseres Zusammenlebens klar zu benennen und zu stärken. Die deutsche Sprache, unsere Gesetze und unsere kulturellen Grundlagen bilden das Fundament einer funktionierenden Demokratie. Dazu gehören Rechtsstaatlichkeit, Gleichberechtigung und gemeinsame Regeln, die für alle gelten. Wer Vertrauen in Staat und Demokratie stärken will, muss dafür sorgen, dass diese Grundprinzipien sichtbar gelten und im Alltag konsequent umgesetzt werden.

Dieses Fundament ist noch vorhanden – doch es gerät zunehmend unter Druck. Wenn wir jetzt nicht entschlossen gegensteuern, droht genau das verloren zu gehen, was unsere Heimat über Jahrzehnte stark gemacht hat.

Deshalb stehen wir für eine Kommunalpolitik mit klaren Prioritäten: solide Finanzen, wirtschaftliche Stärke, Sicherheit im öffentlichen Raum, eine funktionierende Infrastruktur und eine starke Gemeinschaft.

Unser Ziel ist ein Landkreis Gifhorn, der wirtschaftlich stark bleibt, Familien Perspektiven bietet, Infrastruktur erhält, Sicherheit gewährleistet, Integration einfordert und Ehrenamt sowie Traditionen stärkt.

Der Landkreis Gifhorn soll auch in Zukunft ein Ort sein, an dem Menschen gerne leben, Kinder sicher aufwachsen und Bürger sich mit Stolz zu ihrer Heimat bekennen können.

Dafür steht dieses Programm: Verantwortung vor Ort und eine starke Zukunft für unsere Heimat.

II. Solide Finanzen – Grundlage jeder Handlungsfähigkeit

1. Haushaltsdisziplin auf allen Ebenen

Öffentliche Haushalte sind kein Selbstbedienungsladen. Jeder Euro stammt aus der Arbeit der Bürger – aus Steuern, Unternehmertum und wirtschaftlicher Leistung. Deshalb trägt die Politik eine besondere Verantwortung, sorgsam, transparent und nachvollziehbar mit diesem Geld umzugehen.

Wir setzen uns dafür ein, dass kommunale Haushalte nach klaren Grundsätzen geführt werden:

- **Pflichtaufgaben zuerst:** Schulen, Kitas, soziale Aufgaben, Sicherheit, Infrastruktur und Katastrophenschutz haben Vorrang.
- **Investitionen vor Prestigeprojekten:** Bevor neue Projekte begonnen werden, müssen bestehende Gebäude, Straßen und Einrichtungen instandgesetzt werden.
- **Verlässliche Kostenplanung:** Große Projekte dürfen nur beschlossen werden, wenn auch Folgekosten für Personal, Energie, Betrieb und Instandhaltung realistisch kalkuliert sind.
- **Strenge Kostenkontrolle:** Bei Bau- und Infrastrukturprojekten müssen Meilensteine, Zwischenberichte und klare Verantwortlichkeiten festgelegt werden.

Gerade bei größeren Projekten erwarten die Bürger zu Recht **volle Transparenz und nachvollziehbare Entscheidungen**. Einrichtungen wie der **Tankumsee**, das **Internationale Mühlenmuseum** oder andere touristische Angebote gehören zur Attraktivität unserer Region und können wichtige Impulse für Freizeit, Tourismus und regionale Identität geben.

Doch auch hier gilt: **Öffentliche Projekte müssen wirtschaftlich verantwortbar geplant und offen diskutiert werden**. Kostenentwicklungen, Zuschüsse und Folgekosten müssen für Bürger und Mandatsträger jederzeit nachvollziehbar sein.

Wir stehen deshalb für eine Kommunalpolitik, die **Investitionen ermöglicht, aber konsequent auf Kostenkontrolle, Transparenz und faire Entscheidungsprozesse achtet**. Hinterzimmerpolitik und intransparente Entscheidungen dürfen in der Kommunalpolitik keinen Platz haben.

Kommunale Handlungsfähigkeit ist kein Luxus. Sie ist Voraussetzung für Vertrauen in Politik und Verwaltung – und für eine nachhaltige Entwicklung unserer Städte und Gemeinden.

2. Kreisumlage fair gestalten – Kommunen handlungsfähig halten

Der Landkreis darf seine Haushaltsprobleme nicht über steigende Umlagen auf die Städte und Gemeinden abwälzen.

Die Kreisumlage gehört zu den größten finanziellen Belastungen für die kreisangehörigen Kommunen. Natürlich muss der Landkreis seine Aufgaben erfüllen können – gleichzeitig brauchen Städte und Gemeinden ausreichend finanziellen Spielraum, um ihre eigenen Aufgaben zu erfüllen. Wenn dieser Spielraum fehlt, spüren das die Bürger unmittelbar: Straßen werden nicht saniert, Schulen und Sportstätten können nicht modernisiert werden und wichtige Investitionen bleiben aus.

Für uns gilt deshalb das **Subsidiaritätsprinzip**: Verantwortung und Gestaltungsmöglichkeiten müssen möglichst bei den Städten und Gemeinden liegen. Starke Kommunen sind die Grundlage einer funktionierenden kommunalen Selbstverwaltung.

Wir setzen uns deshalb ein für:

- **Begrenzung der Kreisumlage**, damit Städte und Gemeinden genügend Mittel für eigene Investitionen behalten.
- **Keine automatischen Umlageerhöhungen:** Vor jeder Erhöhung müssen Einsparpotenziale und Prioritäten im Kreishaushalt geprüft werden.
- **Transparente Umlagepolitik und frühzeitige Abstimmung** mit den Kommunen, damit Planungssicherheit entsteht.

- **Effiziente Kreisverwaltung**, bevor neue Belastungen auf Städte und Gemeinden übertragen werden.

Unser Ziel ist ein Landkreis, der seine Aufgaben verantwortungsvoll erfüllt, ohne die Städte und Gemeinden finanziell auszubluten. Starke Kommunen bedeuten starke Städte, lebendige Gemeinden und eine handlungsfähige kommunale Selbstverwaltung.

3. Verwaltung von Ideologie befreien – keine ideologisch motivierte Stellenmehrung

In Zeiten knapper Haushaltsmittel darf die Verwaltung nicht weiter für ideologische Projekte aufgebläht werden. Neue Personalstellen müssen sich an einem klaren Nutzen für die Bürger orientieren – nicht an politischen Modetrends.

Ein Beispiel für ideologisch motivierte Bürokratie ist das sogenannte „**Hitzetelefon**“ des **Landkreises Gifhorn**. Trotz über 177.000 Einwohnern wurde das Angebot im Jahr 2025 nur von 14 Personen genutzt. Solche Projekte zeigen, wie Verwaltung wächst, ohne einen spürbaren Nutzen für die Bürger zu bringen.

Unser Grundsatz lautet:

Was den Alltag der Menschen nicht verbessert, hat keine Priorität.

Deshalb setzen wir uns für folgende Maßnahmen ein:

- **Keine ideologisch motivierte Stellenmehrung in der Verwaltung.**
- **Reduzierung der Soll-Stellen:** Es darf keine Normalität sein, dass die Verwaltung von Jahr zu Jahr weiter wächst.
- **Gleichstellungsstellen auf das gesetzlich erforderliche Mindestmaß begrenzen.**
- **Stabsstelle Integration in der Kreisverwaltung auflösen**, da sie häufig Parallelstrukturen fördert statt echte Integration zu erreichen.
- **Fach- und Koordinierungsstelle „Demokratie leben“ abschaffen und stattdessen direkte Demokratie stärken.**
Demokratie lebt nicht von staatlich finanzierten Projektstellen, sondern von der aktiven Beteiligung der Bürger – etwa durch regelmäßige Bürgerumfragen und mehr direkte Mitbestimmung bei wichtigen kommunalen Themen.
- **Einsparungen bei ideologischen Vorhaben** wie Gender-Mainstreaming oder Diversity-Management.
- **Klare Regeln für politische Neutralität bei geförderten Projekten:** Vereine und Organisationen, die öffentliche Mittel erhalten, müssen parteipolitisch neutral arbeiten und dürfen nicht gegen demokratische Parteien agieren.

Unser Ziel ist eine **schlanke und effiziente Verwaltung**, die sich auf ihre Kernaufgaben konzentriert und das Geld der Bürger verantwortungsvoll einsetzt – für Sicherheit, Infrastruktur und eine funktionierende Daseinsvorsorge statt für Symbolpolitik.

III. Transparenz und Bürgernähe – Politik muss nachvollziehbar sein

Viele Bürger empfinden kommunale Politik als undurchsichtig. Entscheidungen wirken oft vorbereitet, ohne dass Bürger nachvollziehen können, wie sie zustande kommen oder wer welche Position vertreten hat. Dadurch entsteht schnell der Eindruck, dass Politik hinter verschlossenen Türen gemacht wird. Auch Vorgänge rund um das Internationale Mühlenmuseum in Gifhorn haben gezeigt, wie schnell bei öffentlichen Entscheidungen und Vergaben Fragen zur Transparenz entstehen können. Gerade deshalb braucht es klare, nachvollziehbare und für Bürger jederzeit einsehbare Verfahren.

Wir wollen Transparenz zum Grundprinzip kommunaler Politik machen und setzen uns deshalb für folgende Maßnahmen ein:

- **Einführung einer Informationsfreiheitsatzung**, damit Bürger leichter Zugang zu Dokumenten, Gutachten, Verträgen und Entscheidungsgrundlagen der Verwaltung erhalten
- **frühzeitige Veröffentlichung von Vorlagen und Beschlussunterlagen** sowie **verständliche Zusammenfassungen wichtiger Entscheidungen**, damit Bürger politische Prozesse besser nachvollziehen können
- **Offenlegung von Gutachten, Studien und Verträgen**, soweit rechtlich möglich
- **Dokumentation des Abstimmungsverhaltens der Mandatsträger**, damit Bürger sehen können, wie ihre gewählten Vertreter entschieden haben
- **Livestreams von Sitzungen des Kreistages und der Stadträte**, damit politische Beratungen auch ohne persönliche Anwesenheit verfolgt werden können

Gleichzeitig wollen wir die **Bürgerbeteiligung deutlich stärken**:

- **verbindliche Einwohnerfragestunden in öffentlichen Sitzungen**, damit Bürger Fragen stellen und Anliegen direkt an Politik und Verwaltung richten können
- **regelmäßige Bürgersprechstunden und Bürgerforen in Gemeinden und Ortsteilen**, um lokale Themen direkt mit den Menschen vor Ort zu diskutieren
- **digitale Bürgerbeteiligungsformate**, etwa Online-Umfragen oder Beteiligungsplattformen, als Ergänzung zu klassischen Beteiligungsformen

Ein weiterer Schwerpunkt ist die **Modernisierung und Digitalisierung der Verwaltung**:

- **mehr digitale Verwaltungsangebote**, damit Bürger Anträge und Anliegen unkompliziert online erledigen können
- **sinnvoller Einsatz moderner Technologien und KI**, um Abläufe zu beschleunigen, Bearbeitungszeiten zu verkürzen und Bürokratie abzubauen
- **transparente und öffentlich einsehbare Vergabekriterien**, insbesondere bei der Vergabe kommunaler Baugrundstücke, die nachvollziehbar und familienfreundlich gestaltet sein sollen

Unser Ziel ist eine **offene, transparente und bürgernahe Kommunalpolitik**, bei der Entscheidungen nachvollziehbar sind, Informationen frei zugänglich gemacht werden und Bürger frühzeitig in wichtige Entwicklungen einbezogen werden. Demokratie lebt davon, dass Bürger nicht nur alle paar Jahre wählen, sondern kontinuierlich beteiligt werden.

IV. Sicherheit und Ordnung – Grundlage für Lebensqualität

Sicherheit ist Voraussetzung für Freiheit im Alltag. Wer sich im öffentlichen Raum unsicher fühlt, verliert Vertrauen in den Staat.

Kommunale Ordnungsdienste stärken

Wir setzen uns ein für:

- sichtbare Präsenz in Problemzonen
 - konsequente Ahndung von Vandalismus und Vermüllung
 - enge Zusammenarbeit zwischen Polizei und Ordnungsdienst
 - bessere Beleuchtung und sichere Wege
-

Konsequentes Vorgehen gegen Regelverstöße

Wir stehen für eine klare Linie:

- konsequente Durchsetzung kommunaler Satzungen
 - Schutz öffentlicher Einrichtungen
 - Prävention kombiniert mit klaren Konsequenzen
-

VI. Asyl und Migration – Migrationswende im Landkreis Gifhorn

Die Kommunen tragen die Hauptlast der Migrationspolitik. Unterbringung, Integration und soziale Leistungen werden vor Ort organisiert und finanziert. Gleichzeitig zeigt sich auch im Landkreis Gifhorn ein strukturelles Problem: **zu wenige Ausreisepflichten werden tatsächlich vollzogen.**

Im Landkreis Gifhorn lebt eine **erhebliche Zahl geduldeter Personen**, darunter **hunderte Menschen, die eigentlich vollziehbar ausreisepflichtig sind.** Viele Abschiebungen scheitern derzeit an fehlenden Reisedokumenten, ungeklärten Identitäten oder an der mangelnden Kooperation der Herkunftsstaa-ten. **Auch eine zu zögerliche politische Steuerung und unzureichende Priorisierung der Rückführungen unserer Behörden** trägt dazu bei, dass bestehende Ausreisepflichten häufig über lange Zeit nicht umgesetzt werden. Gleichzeitig nehmen auch Personen **ohne dauerhaftes Aufenthaltsrecht** teilweise **freiwillige Integrations- und Unterstützungsleistungen des Landkreises** in Anspruch. Diese Ressourcen müssen gezielt dort eingesetzt werden, wo eine **dauerhafte Bleibeperspektive** besteht. Wir werden uns entschlossen dafür einsetzen, **dass weitere irreguläre Zuwanderung in den Landkreis begrenzt wird** und geltendes Recht konsequent umgesetzt wird. Der Landkreis Gifhorn soll zu einer **Vorbildkommune für eine realistische und konsequente Migrationspolitik** werden.

Unsere Maßnahmen

Wir setzen uns ein für:

- **Stärkung der Ausländerbehörde, um Ausreisepflichten konsequenter durchzusetzen, Anträge zügiger zu bearbeiten und Rückführungen schneller umzusetzen.**
- **Intensivere Förderung freiwilliger Rückkehr und Rückkehrberatung, insbesondere durch eine stärkere Nutzung bereits bestehender Rückkehrprogramme.**
- **Keine weiteren Erstaufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber im Landkreis Gifhorn – wir werden uns auf Landes- und Bundesebene vehement dafür einsetzen.**

-
- **Unterbringung ausreisepflichtiger Personen in Gemeinschaftsunterkünften statt in regulären Wohnungen**
 - **Sachleistungen statt Geldleistungen**, soweit rechtlich möglich
 - **Überprüfung und Streichung freiwilliger Integrationsleistungen für Personen ohne Bleiberecht**
 - **Bürgerbefragungen vor der Einrichtung neuer Sammel- oder Notunterkünfte**
 - **mehr Transparenz über Kosten, Unterbringung und Zuweisungen**

Kostentransparenz

Die finanziellen Auswirkungen der Migrationspolitik müssen für Bürger und Kommunalpolitik vollständig nachvollziehbar sein.

Wir fordern:

- **jährliche Kostenberichte zur Migration im Landkreis**
- **klare Aufschlüsselung der Ausgaben nach Aufgabenbereichen** (Unterbringung, Betreuung, Integration usw.)
- **Darstellung der Erstattungen durch Bund und Land**
- **transparente Vergabeverfahren** bei Unterbringung, Betreuung und Dienstleistungen

Belastungsgrenzen respektieren

Kommunen dürfen nicht dauerhaft über ihre organisatorischen und finanziellen Kapazitäten hinaus belastet werden.

Wir setzen uns ein für:

- **Schutz des Wohnungsmarktes**, damit einheimische Familien und Senioren nicht weiter verdrängt werden
- **faire und ausgewogene Verteilung kommunaler Leistungen**
- **eine realistische Integrationspolitik**, die vorhandene Kapazitäten berücksichtigt
- **Integration in bestehende gesellschaftliche Strukturen statt paralleler Systeme**

Integration mit klaren Regeln

Integration kann nur gelingen, wenn sie sich **an der deutschen Sprache, unseren Regeln und bestehenden gesellschaftlichen Strukturen orientiert**.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- **frühe und verpflichtende Sprachförderung**, insbesondere durch **vorschulische Deutschangebote**
- **Integration in bestehende Vereinsstrukturen** wie Sportvereine, Schützenvereine oder die Freiwillige Feuerwehr
- **keine Förderung von Parallelstrukturen oder separaten Migrantorganisationen**

- **klare Förderung der deutschen Sprache**, insbesondere in Schulen und im Verwaltungsalltag

Unser Ziel ist eine Integrationspolitik, die **Teilhabe ermöglicht, aber auch klare Erwartungen formuliert**. Integration bedeutet Teilhabe an der gewachsenen Gesellschaft – nicht die Bildung paralleler Strukturen.

IX. Wirtschaft, Mittelstand und Standortentwicklung

Grundlagen einer wirtschaftsfreundlichen Kommunalpolitik

Der Landkreis Gifhorn steht wirtschaftlich vor großen Herausforderungen. Die Krise der Automobilindustrie und seinen zahlreichen Zulieferbetrieben in unserer Region, zeigt, wie stark unsere Wirtschaft von einzelnen Industriezweigen abhängig ist.

Gleichzeitig steigen die Insolvenzzahlen deutlich an. Beim Amtsgericht Gifhorn wurden im Jahr 2025 insgesamt 219 Unternehmensinsolvenzen registriert, hinzu kamen über 500 Privatinsolvenzen. Bereits zu Beginn des Jahres 2026 wurden innerhalb weniger Wochen mehrere Dutzend Insolvenzanträge gestellt, sodass zeitweise nahezu täglich ein Betrieb in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten ist. Diese Entwicklung zeigt deutlich, dass viele Unternehmen unter steigenden Kosten und unsicheren politischen Rahmenbedingungen leiden.

Die wirtschaftlichen Probleme sind in unseren Ortskernen deutlich sichtbar geworden. Leerstände in nehmen zu, traditionelle Geschäfte verschwinden und unsere Zentren verlieren an Attraktivität.

Gleichzeitig sehen sich viele Betriebe mit wachsender Bürokratie, langen Genehmigungsverfahren und einer zunehmenden Misstrauenskultur gegenüber Unternehmern konfrontiert. Gerade für kleine und mittelständische Unternehmen stellt dies eine erhebliche Belastung dar.

Dabei ist eine leistungsfähige Wirtschaft die Grundlage für Arbeitsplätze, kommunale Einnahmen und eine stabile Entwicklung unserer Gemeinden. Im Landkreis Gifhorn treffen Handwerk, mittelständische Unternehmen, industrielle Zulieferbetriebe, Landwirtschaft sowie innovative Technologieunternehmen aufeinander. Dieses wirtschaftliche Fundament gilt es zu sichern und gleichzeitig breiter aufzustellen, um die zukünftige Krise besser abfedern zu können.

Die AfD setzt deshalb auf unternehmerische Freiheit, Entbürokratisierung und eine wirtschaftsfreundliche Verwaltung. Die Verwaltung muss sich als Partner der Betriebe verstehen und Genehmigungsverfahren schneller und transparenter gestalten. Eine attraktive Infrastruktur, ausreichend Gewerbeflächen, leistungsfähige Verkehrswege und eine moderne digitale Versorgung sind entscheidende Standortfaktoren für Unternehmen.

Unser Ziel ist ein wirtschaftlich starker Landkreis Gifhorn, der Arbeitsplätze sichert, regionale Wertschöpfung stärkt und neue wirtschaftliche Perspektiven für Unternehmen und Beschäftigte schafft. Nur mit einer starken Wirtschaft lassen sich auch lebenswerte Städte, lebendige Ortskerne und eine stabile Zukunft für unsere Region sichern.

Wirtschaft, Infrastruktur und Standortentwicklung

Bürokratieabbau und wirtschaftsfreundliche Verwaltung

Kleine und mittelständische Unternehmen sind auf verlässliche Rahmenbedingungen angewiesen. Zu viele bürokratische Hürden, langwierige Genehmigungsverfahren und ideologisch motivierte Vorgaben erschweren jedoch wirtschaftliche Entwicklung.

Wir setzen uns deshalb ein für:

- eine Verwaltung, die sich als Partner der Wirtschaft versteht
- eine ideologiefreie Wirtschaftspolitik ohne überzogene kommunale Klimavorgaben

- schnellere Genehmigungs- und Verwaltungsverfahren durch digitale Bau- und Gewerbeanträge, verbindliche Bearbeitungsfristen in der Kreisverwaltung und eine zentrale Ansprechstelle („One-Stop-Prinzip“) für Unternehmen
- Wirtschaftsförderung als Querschnittsaufgabe: bessere Abstimmung zwischen Bau-, Umwelt- und Genehmigungsbehörden
- konsequenter Bürokratieabbau, z. B. durch Vereinfachung von Bau- und Nutzungsänderungsverfahren, Reduzierung kommunaler Auflagen (z. B. Stellplatz- und Gestaltungssatzungen) sowie schnellere Abstimmungen zwischen Bau- und Umweltbehörden.
- digitale Verwaltungsangebote für Unternehmen, z. B. digitale Terminvergabe sowie Online-Statusabfragen für Anträge und Genehmigungsverfahren bei der Kreisverwaltung

Statt planwirtschaftlicher Eingriffe setzen wir auf Eigenverantwortung, Innovation, Wettbewerb und marktwirtschaftliche Lösungen.

Verkehrswege und Infrastruktur stärken

Eine leistungsfähige Infrastruktur ist Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung, Mobilität und Lebensqualität im Landkreis Gifhorn.

Wir setzen uns ein für:

- Forcierung des Ausbaus der Bundesstraßen B188 und B4
- **pendlerfreundliche Verkehrsverbindungen Richtung Wolfsburg und Braunschweig** – wir setzen uns bei den zuständigen Stellen für **Taktzeitverkürzungen und eine Beschleunigung der Bahnstrecke Gifhorn–Braunschweig** ein.
- **konsequente Sanierung und Erhalt des bestehenden Straßennetzes**, um den Sanierungsstau im Landkreis abzubauen und notwendige Baumaßnahmen nicht länger aufzuschieben.
- **alle Verkehrsträger sinnvoll berücksichtigen**, statt ideologisch motivierter Verkehrsplanung – **Radwege nur dort ausbauen, wo sie einen echten Mehrwert für Pendler und den Alltagsverkehr bieten.**

Der Breitband- und Mobilfunkausbau im Landkreis Gifhorn hat Fortschritte gemacht, doch besonders im ländlichen Raum bestehen weiterhin Versorgungslücken. Deshalb müssen Glasfaser- und Mobilfunknetze konsequent weiter ausgebaut werden, damit Wirtschaft, Verwaltung und Bürger überall zuverlässig vernetzt sind.

Wirtschaftsförderung effizient und praxisnah gestalten

Der Landkreis Gifhorn verfügt inzwischen über verschiedene Strukturen der Wirtschaftsförderung. Neben den Wirtschaftsförderungen der Städte und Gemeinden existieren zusätzliche Organisationen auf Kreisebene sowie regionale Kooperationen. Dadurch sind teilweise **Doppelstrukturen entstanden**, während Unternehmen weiterhin über Bürokratie, lange Genehmigungsverfahren und fehlende Ansprechpartner klagen.

Für uns ist klar: **Wirtschaftsförderung darf kein Verwaltungsprojekt sein**, sondern muss sich am konkreten Nutzen für Unternehmen orientieren.

Wir verstehen Wirtschaftsförderung als **Querschnittsaufgabe der gesamten Kreisverwaltung**. Ziel muss es sein, Unternehmen bei ihren Vorhaben zu unterstützen – etwa bei Genehmigungen, Förderanträgen, Ansiedlungen oder Betriebserweiterungen.

Dabei gilt für uns:

- **Wirtschaftsförderung dient der Unterstützung von Unternehmen – nicht der Umsetzung ideologischer Projekte.**
- **Die Verwaltung muss als Wegweiser und Ansprechpartner für Betriebe fungieren.**
- **Doppelstrukturen zwischen Landkreis, Kommunen und weiteren Organisationen müssen überprüft und reduziert werden.**
- **Neue Stellen und zusätzliche Verwaltungsstrukturen ersetzen keine wirtschaftsfreundliche Verwaltung.**

Wirtschaft wird nicht durch immer neue Behörden gefördert, sondern durch **effiziente Verfahren, klare Zuständigkeiten und eine Verwaltung, die Investitionen ermöglicht statt behindert.**

Lebendige Innenstädte und Ortskerne

Unsere Ortskerne sind wirtschaftliche, kulturelle und soziale Treffpunkte. Doch Leerstände, Geschäftsaufgaben und einseitige Nutzungsstrukturen gefährden vielerorts ihre Attraktivität. Ziel muss es sein, die Zentren wieder zu Orten zu machen, **an denen Menschen gerne einkaufen, sich aufhalten und Zeit verbringen.**

Wir setzen uns ein für:

- **mehr Aufenthaltsqualität und längere Verweildauer** in unseren Ortszentren
- **Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum**, damit sich Bürger und Besucher wohlfühlen
- **gute Erreichbarkeit der Innenstädte und ortsnahe Parkmöglichkeiten**
- **keine Verdrängung des Autoverkehrs aus den Zentren** und ein Ende autofeindlicher Verkehrsplanung
- **verkaufsoffene Sonntage und Öffnungen an Festtagen ermöglichen**, insbesondere bei Stadtfesten und regionalen Veranstaltungen, um den lokalen Einzelhandel zu stärken und mehr Besucher in die Ortszentren zu bringen
- **Unterstützung regionaler Märkte, Feste und Veranstaltungen**
- **Anpassung von Sondernutzungsrechten und Gebühren für Außengastronomie** im Sinne der lokalen Unternehmen
- **aktives Leerstandsmanagement**, um freie Ladenflächen schneller wieder zu nutzen
- **aktive Ansprache interessanter Unternehmen und Geschäftsmodelle** zur Ansiedlung in Ortszentren
- **bürokratiearme Startbedingungen für neue Betriebe**, etwa durch ein „bürokratiefreies Gründerjahr“ für Neuansiedlungen

- **Steuerung der Nutzungsstruktur**, um eine einseitige Entwicklung durch einzelne Gewerbeformen zu verhindern
- **stärkere Einbindung der lokalen Kaufmannschaften**, etwa durch einen beratenden Sitz von Vertretern des Einzelhandels in zuständigen Fachausschüssen

Der **Einzelhandel muss die Ortskerne weiterhin prägen**. Eine Verdrängung durch einseitige Gewerbestrukturen wollen wir verhindern. Ziel ist ein **vielfältiges Angebot aus Einzelhandel, Gastronomie, Dienstleistungen und regionalen Betrieben**, das unsere Ortszentren dauerhaft lebendig hält.

Handwerk, Landwirtschaft und regionale Wirtschaft stärken

Handwerk, Landwirtschaft und mittelständische Betriebe bilden das Rückgrat der regionalen Wirtschaft im Landkreis Gifhorn. Sie sichern Arbeitsplätze, Ausbildungsmöglichkeiten und regionale Wertschöpfung. Deshalb müssen kommunale Rahmenbedingungen stärker auf die Bedürfnisse dieser Betriebe ausgerichtet werden.

Wir setzen uns ein für:

- **weniger Bürokratie für Handwerks- und mittelständische Betriebe**, z. B. durch vereinfachte Genehmigungsverfahren bei Betriebserweiterungen oder Nutzungsänderungen von Gewerbegebäuden
- **Stärkung der dualen Ausbildung**, etwa durch regelmäßige Ausbildungs- und Berufsorientierungsmessen im Landkreis sowie eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Schulen, Handwerkskammer und regionalen Betrieben
- **Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten**, z. B. durch Kooperationen zwischen regionalen Produzenten, Gastronomie und Einzelhandel
- **Erhalt landwirtschaftlicher Flächen**, etwa durch einen verantwortungsvollen Umgang mit neuen Gewerbe- und Baugebieten

Die **Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte** wollen wir gezielt stärken. Regionale Produkte aus dem Landkreis Gifhorn – etwa aus Hofläden, Automatenverkauf oder Direktvermarktung auf Märkten – müssen für Verbraucher sichtbar und leichter zugänglich werden.

Konkret setzen wir uns ein für:

- **Unterstützung regionaler Wochen- und Bauernmärkte**, z. B. in Gifhorn, Wittingen oder den Samtgemeinden
- **digitale Übersicht regionaler Direktvermarkter im Landkreis**, damit Bürger Hofläden, Verkaufsautomaten oder regionale Anbieter leichter finden
- **vereinfachte Genehmigungen für Hofläden, Verkaufsautomaten und Direktvermarktung**, etwa bei baurechtlichen Fragen oder Standortgenehmigungen
- **stärkere Nutzung regionaler Produkte bei Veranstaltungen und Einrichtungen des Landkreises**, beispielsweise bei regionalen Festen oder in öffentlichen Kantinen

Auch bei öffentlichen Aufträgen wollen wir die **Beteiligung regionaler Betriebe erleichtern**. Dazu gehört, kommunale Aufträge stärker in kleinere Fach- und Teillose aufzuteilen, Vergabeverfahren zu vereinfachen und regionale Handwerksbetriebe frühzeitig über Ausschreibungen zu informieren.

Eine starke regionale Wirtschaft sichert **Arbeitsplätze, regionale Wertschöpfung und lebenswerte Gemeinden im Landkreis Gifhorn.**

VIII. Familie, Kinder und Bildung

Familienfreundlicher Landkreis Gifhorn

Familien sind das Fundament unserer Gesellschaft. Sie leisten täglich Verantwortung für die nächste Generation und verdienen dafür die bestmöglichen Rahmenbedingungen. Der Landkreis Gifhorn gehört bereits heute zu den geburtenstärksten Regionen Niedersachsens. Während die Geburtenrate deutschlandweit bei etwa 1,35 und in Niedersachsen bei rund 1,42 liegt, beträgt sie im Landkreis Gifhorn etwa 1,72 Kinder pro Frau. Diese Entwicklung zeigt, dass viele Familien hier gute Lebensbedingungen vorfinden.

Gleichzeitig stellt der demografische Wandel unsere Gesellschaft vor große Herausforderungen. Eine stabile Bevölkerungsentwicklung gelingt nur, wenn Familien unterstützt und Kinder willkommen sind. Unser Ziel ist klar: Der Landkreis Gifhorn soll nicht nur zu den geburtenstärksten, sondern auch zu den familienfreundlichsten Landkreisen in Niedersachsen gehören. Grundlage unserer Familienpolitik ist das traditionelle Familienmodell, in dem Eltern Verantwortung für ihre Kinder übernehmen und der Staat Familien bestmöglich unterstützt.

Familienpolitik in der Verwaltung stärken

Familienpolitik ist bislang auf verschiedene Ämter verteilt und wird dadurch häufig nur am Rande behandelt. Wir wollen Familienpolitik stärker bündeln und sichtbar machen.

Wir setzen uns ein für:

- Einrichtung von Familienausschüssen, die sich gezielt mit familienpolitischen Fragen beschäftigen
- Stärkung der Interessenvertretung von Familien in der Kreisverwaltung, etwa durch einer Familienbeauftragten als zentrale Ansprechpartnerin für Familien sowie eine systematische Prüfung kommunaler Entscheidungen auf ihre Auswirkungen für Familien.
- familienfreundliche Arbeitsplatzgestaltung in der Verwaltung, mit flexiblen Arbeitszeiten, Homeoffice und grundsätzlich teilzeitfähigen Stellen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.
- familienfreundliche Gestaltung öffentlicher Einrichtungen, etwa durch Wickelmöglichkeiten, kinderfreundliche Wartebereiche, barrierefreie Zugänge für Kinderwagen und familienfreundliche Öffnungszeiten der Verwaltung.

Familien willkommen heißen

Familien sollen im Landkreis Gifhorn stärker unterstützt und wertgeschätzt werden.

Wir setzen uns ein für:

- Willkommensangebote für junge Familien nach der Geburt eines Kindes, etwa durch Informationspakete über Beratungs-, Betreuungs- und Unterstützungsangebote im Landkreis.
- Einführung eines landkreisweiten Familienpasses, der Familien Vergünstigungen bei Schwimmbädern, kulturellen Einrichtungen oder Freizeitangeboten ermöglicht.

- bevorzugte Vergabe kommunaler Baugrundstücke an einheimische Familien, um jungen Familien den Verbleib in ihrer Heimatregion zu erleichtern
- vergünstigte Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs für Schüler

Wahlfreiheit bei Betreuung

Eltern sollen selbst entscheiden können, welches Betreuungsmodell am besten zu ihrer Lebenssituation passt. Der Landkreis muss dafür sorgen, dass ausreichend und wohnortnahe Angebote vorhanden sind.

Wir setzen uns ein für:

- ausreichend Kita-Plätze im gesamten Landkreis, damit Familien Planungssicherheit haben
- Stärkung der Tagespflege durch Tagesmütter als flexible Betreuungsform.
- flexible Betreuungszeiten, die sich an den Arbeitszeiten von Eltern orientieren.
- frühe Sprachförderung im Vorschulalter, damit Kinder mit guten Deutschkenntnissen eingeschult werden.

Gerade bei der Betreuung von Kindern unter drei Jahren müssen individuelle Betreuungsformen wie Tagespflege stärker unterstützt werden, etwa durch bessere Vergütung, vereinfachte Genehmigungsverfahren, Qualifizierungsangebote und eine zentrale Vermittlung von Tagespflegeplätzen im Landkreis. Darüber hinaus setzen wir uns ein für:

Schulen modernisieren

Der Landkreis Gifhorn ist Schulträger zahlreicher weiterführender Schulen. Gute Bildung braucht moderne und sichere Lernbedingungen.

Wir setzen uns ein für:

- **Sanierung und Modernisierung der Schulgebäude, um bestehende Sanierungsstaus abzubauen**
- **moderne Ausstattung der Schulen, etwa durch digitale Technik, stabile Internetverbindungen und zeitgemäße Fachräume**
- **sichere Schulwege, insbesondere durch sichere Verkehrsführung und zuverlässige Schülerbeförderung**
- **stärkere Berufsorientierung, etwa durch Kooperationen mit regionalen Handwerksbetrieben, Unternehmen und Ausbildungsbetrieben**

Erhalt der Förderschulen und der „Schule der Zukunft“

Kinder mit besonderem Förderbedarf brauchen eine Schulform, die ihren individuellen Bedürfnissen gerecht wird. Förderschulen mit kleineren Klassen und spezialisierter Förderung sind dafür unverzichtbar.

Wir setzen uns im Landkreis Gifhorn klar für den Erhalt und Ausbau der Förderschulen, insbesondere im Bereich geistige Entwicklung, ein. Dazu gehört auch eine dauerhafte Sicherung der „Schule der Zukunft“ der Lebenshilfe in Gifhorn, damit betroffene Kinder und ihre Familien verlässliche Bildungsangebote haben.

Schulpolitik muss sich am Wohl der Kinder orientieren und nicht an ideologischen Konzepten.

IX. Jugend, Vereine und Ehrenamt

Vereine, Feuerwehren und ehrenamtliches Engagement sind das Rückgrat unserer Gemeinschaft im Landkreis Gifhorn. Sie schaffen Begegnung, fördern Kinder und Jugendliche und stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Wir setzen uns ein für:

- weniger Bürokratie für Vereine, etwa bei Förderanträgen oder Veranstaltungsmeldungen
- verlässliche Förderung von Sport-, Kultur- und Jugendvereinen
- besseren Zugang zu kommunalen Räumen, Sporthallen und Anlagen für Vereinsarbeit
- gezielte Unterstützung der Nachwuchsarbeit in Vereinen, damit Kinder und Jugendliche früh in das Vereinsleben eingebunden werden

Ein lebendiges Vereinsleben stärkt Zusammenhalt, Integration und Lebensqualität in unseren Städten und Gemeinden. Ziel ist ein Landkreis Gifhorn, in dem Familien gerne leben, Kinder gute Chancen haben und Ehrenamt wertgeschätzt wird.

IX. Jugend, Vereine und Ehrenamt

Vereine und Ehrenamt sind das Rückgrat unserer Gemeinschaft.

Wir wollen:

- weniger Bürokratie für Vereine
- verlässliche Förderung
- Zugang zu kommunalen Räumen
- Unterstützung der Nachwuchsarbeit

X. Pflege und Gesundheit

Medizinische Versorgung sichern

Wir unterstützen:

- Ansiedlung von Ärzten
- gute Erreichbarkeit von Praxen
- stabile Rettungsdienste

Pflege stärken

Wir setzen uns ein für:

- Unterstützung pflegender Angehöriger
- Ausbau ambulanter Angebote
- ausreichend Pflegeplätze

XI. Landwirtschaft und ländlicher Raum

Landwirtschaft ist ein zentraler Bestandteil unserer Region.

Wir setzen uns ein für:

- regionale Vermarktung
- Schutz landwirtschaftlicher Flächen
- Vorrang regionaler Betriebe bei Pacht

XII. Umweltpolitik mit Augenmaß

Naturschutz muss praktikabel sein.

Wir unterstützen:

- Schutz von Naturflächen
- regionale Umweltprojekte
- saubere Wasserinfrastruktur

XIII. Energiepolitik

Wir setzen uns ein für:

- Versorgungssicherheit
- Technologieneutralität
- Schutz von Landschaft und Wohngebieten
- kommunale Mitsprache bei Projekten

XIV. Wohnen und Bauen

Bezahlbarer Wohnraum

Wir wollen:

- Baugrund für Familien
- Förderung seriöser Projekte
- schnellere Baugenehmigungen

Ortsbilder schützen

Verdichtung muss maßvoll erfolgen und zum Charakter der Orte passen.

XV. Digitalisierung

Digitalisierung soll Verwaltung einfacher machen.

Wir setzen uns ein für:

- Glasfaserausbau
- digitale Bürgerportale
- Online-Termine

-
- transparente Bearbeitungszeiten

XVI. Feuerwehr und Katastrophenschutz

Wir setzen uns ein für:

- moderne Ausstattung
- Nachwuchsförderung
- bessere Einsatzplanung
- Stärkung des Ehrenamts

XVII. Tourismus und Freizeit

Der Landkreis Gifhorn hat großes touristisches Potenzial.

Wir unterstützen:

- Ausbau touristischer Infrastruktur
- regionale Veranstaltungen
- gepflegte öffentliche Räume

XVIII. Interkommunale Zusammenarbeit

Gemeinden können gemeinsam effizienter arbeiten.

Wir setzen auf:

- gemeinsame Beschaffung
- Kooperation bei Infrastrukturprojekten
- gemeinsame digitale Systeme

XIX. Kultur und Heimat

Heimat lebt von Tradition, Kultur und Gemeinschaft.

Wir setzen uns ein für:

- Erhalt historischer Ortskerne
- Unterstützung von Heimatpflege und Vereinen
- Förderung regionaler Feste

XX. Schlusswort

Dieses Programm bildet die Grundlage für unsere Arbeit in:

- Kreistag Gifhorn
- Stadtrat Gifhorn
- Samtgemeinderäten

Alternative für Deutschland Kreisverband Gifhorn



-
- Gemeinderäten
 - Ortsräten

Unser Ziel ist ein Landkreis Gifhorn, der:

- solide wirtschaftet
- Sicherheit und Ordnung gewährleistet
- Familien unterstützt
- Wirtschaft stärkt
- Heimat und Identität bewahrt
- Verwaltung effizienter macht

Kommunalpolitik muss wieder das sein, was sie sein soll:

Dienst am Gemeinwesen – mit klaren Prioritäten und konkreten Ergebnissen.